

OA-Update Sanktionen – 2022/46

Entwicklungen seit dem 5. August

(Stand: 12. August, 14:00 Uhr)

Inhalt:

- **1. Aktuelle Informationen / Deutschland**
- **2. Termine**
- **3. EU-Sanktionen gegen Russland**
- **4. Russland-Gegensanktionen**
- **5. Sanktionen der USA**
- **6. Sanktionen weiterer Länder**
- **7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)**
- **8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft – Beteiligungsmöglichkeiten**
- **9. Hilfsaktionen**

1. Aktuelle Informationen / Deutschland

OA-Task-Force

Informationen zu unserer **OA-Task Force** und alle bisherigen Sanktions-Updates finden Sie auf unseren Internet-Seiten: [Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Zur Task Force gehören die Geschäftsführung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regionaldirektionen für Russland und Osteuropa, der AG Agrarwirtschaft/German Agrobusiness Alliance sowie des Bereichs Presse und Public Affairs. Die Kontaktdaten finden Sie auf unserer Homepage unter [Kontakt](#).

Unterstützungsmaßnahmen der Bundesregierung

KfW-Sonderprogramme und eine Erweiterung von Großbürgschaftsprogrammen der Bundesregierung:

[Bundesfinanzministerium - Schutzschild der Bundesregierung für von Kriegsfolgen betroffene Unternehmen startet Schritt für Schritt](#)

ad 1: [KfW-Sonderprogramm UBR 2022 | KfW](#) (a – Förderkredite; b – Konsortialkredite) – inkl. allen Details und Antragsformularen.

Ad 2: [Ukraine-Bürgschaftsprogramme der Bundesregierung \(vbw-bayern.de\)](#);

Antragsberechtigung

Das in der Regel auf Unternehmen in strukturschwachen Regionen beschränkte Großbürgschaftsprogramm wird für Unternehmen außerhalb dieser Regionen geöffnet, um nachweislich von Sanktionen gegenüber Russland oder Belarus oder von den Kriegshandlungen in der Ukraine betroffenen Unternehmen beim Erhalt von Krediten zu unterstützen.

Betroffenheit liegt insbesondere vor bei Produktionsausfällen/Schließung von Produktionsstätten in Ukraine, Russland, Belarus oder fehlenden Rohstoffen oder Vorprodukten oder gestiegenen Energiekosten (Energiekostenanteil mindestens drei Prozent vom Jahresumsatz 2021).

Konditionen

Ermöglicht wird die Absicherung von Betriebsmittelfinanzierungen und Investitionen ab 20 Millionen Euro Bürgschaftsbedarf in strukturschwachen Regionen und ab 50 Millionen Euro außerhalb strukturschwacher Regionen. Die maximale Bürgschaftsquote beträgt bis zu 80 Prozent, bei besonderer Betroffenheit bis zu 90 Prozent.

Antragstellung

Den Antrag stellen Sie über Ihre Hausbank.

Einen allgemeinen Überblick zu Maßnahmen der Bundesregierung finden Sie hier:
[Bundesfinanzministerium - Maßnahmenpaket der Bundesregierung für vom Krieg betroffene Unternehmen](#)

Gewinnung russischer Fachkräfte - Informationsangebote

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft setzt sich in engem Austausch mit der Bundesregierung für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für hochqualifizierte Fachkräfte aus Russland ein. Dabei geht es einerseits um Beschleunigung der Visaverfahren für Relokation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutscher und internationaler Unternehmen nach Deutschland sowie um schnelle Verfahren für neu rekrutierte Fachkräfte.

„Kurzinformationen für Arbeitgeber“ sind zu diesem Thema auf dem Portal „[Make it in Germany](#)“ unter dem Link [Gewinnung und Beschäftigung von russischen Fachkräften \(make-it-in-germany.com\)](#) abrufbar.

Ergänzend wird auf dem Portal zeitnah eine englische und russische Sprachversion auf der englischsprachigen Arbeitgeberseite bzw. der russischen Länderseite zur Verfügung gestellt. Mit den Kurzinformationen möchte die Bundesregierung interessierte Unternehmen durch Bündelung der wichtigsten Informationen bei der Gewinnung von russischen Fachkräften unterstützen.

Wir freuen uns über Ihre Fragen und Anmerkungen und planen nach der Sommerpause einen Erfahrungsaustausch der Mitgliedsunternehmen zu diesem Thema. Über den genauen Termin werden wir Sie so schnell wie möglich informieren.

Bei Rückfragen stehen Ihnen als Ansprechpartnerinnen im Ost-Ausschuss [Petya Hristova](#), Leiterin des Arbeitskreises Fachkräftesicherung, und [Dr. Christiane Schuchart](#), Regionaldirektorin Russland, sehr gern zur Verfügung

Informationen der Bundesregierung zum Krieg in der Ukraine

Auf dieser Seite hat die Bundesregierung ihr Informationsangebot zu aktuellen Entwicklungen gebündelt:
[Krieg in der Ukraine - aktuelle Informationen | Bundesregierung](#)

Bundeswirtschaftsministerium – Kontakte zu Sanktionsfragen/Russlandthemen

- Rohstoffe: buero-ivb5@bmwi.bund.de
 - Sanktionsbezogene Fragen: sven.sattler@bmwi.bund.de
 - VB2 (Sanktionen), E-Mail: Buero-VB2@bmwi.bund.de
 - Energieversorgung im BMWK: buero-iiib6@bmwi.bund.de
-

Euler Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](http://agaportal.de)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

[https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9\)](https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eu_833_2014.pdf?__blob=publicationFile&v=9)

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

GTAI-Sanktionsübersicht

Über diese Internet-Seite von Germany Trade&Invest finden Sie die wichtigsten Sanktionsübersichten: [Russland-Ukraine-Konflikt \(gtai.de\)](http://gtai.de)

2. Terminübersicht

15. August: Workshop Recovery Ukraine, 11:00 Uhr

Der Ost-Ausschuss veranstaltet am 15. August 2022 ab 11:00 Uhr via MS Teams den „**Workshop Recovery Ukraine**“. Wir haben zudem die Möglichkeit **bis zu zehn Personen vor Ort in den Räumlichkeiten des Ost-Ausschusses zu begrüßen**. Sollte das Interesse an einer physischen Teilnahme die Raumkapazitäten überschreiten, bitten wir um Verständnis dafür, dass wir die Plätze nach der Reihenfolge des Eingangs vergeben. Eine Online-Teilnahme ist auf jeden Fall möglich.

Am 4. und 5. Juli 2022 hat im schweizerischen Lugano die Ukraine Recovery Conference stattgefunden. Im Rahmen des internationalen Treffens hat die Ukraine ihren nationalen Wiederaufbauplan vorgestellt, der inhaltlich mit den Ergebnissen von 24 Arbeitsgruppen ergänzt wurde, die mittelfristige Entwicklungspläne für verschiedene Bereiche in Wirtschaft und Gesellschaft erstellt haben.

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft möchte vor diesem Hintergrund gemeinsam mit seinen Mitgliedern, Trägerverbänden und weiteren interessierten wirtschaftsnahen Akteuren und Verbänden eine Arbeitsgruppe initiieren, die entlang des ukrainischen Wiederaufbauplans branchen- und industrieübergreifend Lösungen und Projekte erarbeitet und zusammenführt. Die Bereiche Infrastruktur, Bauen, Logistik, Agrar, Digitalisierung, Energie/Energieversorgung sowie Finanzen und Gesundheit haben sich bisher als besonders bedeutsam herausgestellt. Je nach Bedarf kann diese Reihe verkleinert oder erweitert werden.

Kontakt: Stefan Kägebein, Regionaldirektor für Osteuropa im Ost-Ausschuss,
s.kaegebein@oa-ev.de

23. August: Business for Business - Teil VI: Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland | online

Die Kontaktstelle Mittelstand und die Regionaldirektion Russland im Ost-Ausschuss laden via Teams zur 6. Ausgabe der Online-Veranstaltung zum Thema Umgang mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation in Russland, Business for Business am Mittwoch, 23. August 2022, 14.00 Uhr, ein. Das Angebot zur Teilnahme richtet sich grundsätzlich an Mitgliedsunternehmen des Ost-Ausschusses. Interessierte Unternehmen, die kein Mitglied sind, wenden Sie sich gerne an Jens Böhlmann, Direktor Mittelstand.

Kontakt:

Jens Böhlmann
Direktor Mittelstand / Leiter Kontaktstelle Mittelstand
T. +49 30 206167 127
J.Boehlmann@oa-ev.de

7. September: Online-Event „Deckungspraxis Russland, Belarus und Ukraine“

8:30 – 9:30 Uhr

Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine hat die Bundesregierung am 24.2.2022 die Übernahme von Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen), Garantien für Ungebundene Finanzkredite und Investitionsgarantien des Bundes für Russland und Belarus bis auf Weiteres ausgesetzt. Am 26.2.2022 ist zudem ein EU-weites Verbot von Exportkredit- und Investitionsgarantien für Russland in Kraft getreten.

Es werden für Russland und Belarus keine Anträge auf Übernahme von staatlichen Garantien bearbeitet. Bereits bestehende Exportkredit- und Investitionsgarantien sichern Exporteure, finanzierende Banken und Investoren weiterhin gegen Zahlungsausfälle und politische Risiken in diese Länder ab.

In einem Online-Update informiert die Euler Hermes AG über die aktuellen Entwicklungen zu Russland, Belarus und die Ukraine sowie über die Auswirkungen auf die Deckungspraxis und beantwortet Ihre Fragen.

Am 7. September 2022 ab 8:30 Uhr begrüßen Sie

- Felix Brücher, Head of Department Market, Exportkreditgarantien des Bundes, Euler Hermes AG
- Martina Kelbe, Head of Department Wholeturnover Cover 2, Exportkreditgarantien des Bundes, Euler Hermes AG

Weitere Informationen und Anmeldemöglichkeit:

[Online-Event Deckungspraxis Russland und Belarus 2022 - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

Übersicht über alle anstehenden Veranstaltungen:

[Veranstaltungen - AGA-Portal \(agaportal.de\)](https://www.agaportal.de)

3. EU-Sanktionen gegen Russland (Entwicklung seit dem 05. August)

Öl-Sanktionen – neue Erläuterungen

Am 3. August 2022 veröffentlichte die Europäische Kommission eine Mitteilung (2022/C 296/05) an die Wirtschaftsbeteiligten bezüglich des Einfuhrverbots für russisches Rohöl und Erdölerzeugnisse gemäß Artikel 3m der Verordnung 833/2014 des Rates. In der Bekanntmachung heißt es dazu:

Das Verbot gilt für russisches Öl, das mit Öl anderen Ursprungs vermischt ist, es sei denn, der genaue Anteil des Öls nicht-russischen Ursprungs kann gegenüber den Behörden des Mitgliedstaats eindeutig nachgewiesen werden. In diesem Fall kann der genaue Anteil des Öls, der nicht aus Russland stammt, in die EU eingeführt werden, während dem restlichen Teil der Ladung die Einreise verweigert wird.

Wird ein russischer Rohölanteil festgestellt, ohne dass der genaue Anteil des nicht aus Russland stammenden Öls ermittelt werden kann, wird die gesamte Lieferung an der Einreise in die EU gehindert.

Wirtschaftsbeteiligten, die an der Einfuhr von Rohöl und/oder Erdölerzeugnissen beteiligt sind, wird empfohlen, alle erforderlichen Sorgfaltsmaßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass kein mit russischen Sanktionen belegtes Rohöl eingeführt wird, auch wenn es mehrheitlich mit Öl aus einem Drittland vermischt ist. Der Nachweis kann durch die Herkunft eines Schiffes oder eine chemische Analyse erbracht werden. Den Importeuren wird empfohlen, in den Kaufvertrag eine Klausel aufzunehmen, wonach der Exporteur bestätigt, dass das Öl kein russisches Öl enthält und dass der Exporteur vertraglich für jede Falschangabe haftet.

Die Öleinfuhren werden Kontrollen unterzogen, einschließlich einer Dokumentenprüfung und gegebenenfalls einer chemischen Analyse, sofern verfügbar.

Den Zollbehörden der EU-Mitgliedstaaten wurde geraten, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und besondere Sorgfalt walten zu lassen, um das Risiko einer Umgehung der russischen Einfuhrsanktionen für Rohöl durch die Vermischung mit Öl aus Drittländern zu mindern.

Obwohl in erster Linie die Importeure für die Einhaltung der Erdölsanktionen verantwortlich sind, wird allen an Erdölimporten in die EU beteiligten Akteuren - einschließlich Spediteuren, Versicherern und Finanzinstituten, die Kreditlinien eröffnen oder Akkreditive ausstellen - empfohlen, die erforderliche Sorgfalt walten zu lassen.

[EUR-Lex - 52022XC0803\(01\) - EN - EUR-Lex \(europa.eu\)](#)

Debatte über Verbot von Touristenvisa für Russen

In der EU wird über ein Verbot von Touristenvisa für russische Staatsbürger diskutiert. Lettland hat laut einer Meldung von Interfax die Ausstellung von Visa für russische Bürger aufgrund der internationalen Situation auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, so die lettische Botschaft in Moskau. Am 11. August erklärte der lettische Sejm (Parlament) Russland zudem zum „Sponsorland des Terrorismus“. Als Reaktion auf die angekündigten Pläne der russischen Staatsduma, die Frage der Vereinfachung des Erwerbs der russischen Staatsbürgerschaft durch Landsleute aus den baltischen Staaten, die den Status von „Nicht-Staatsbürgern“ haben, zu prüfen, erklärte der lettische Außenminister Edgar Rinkewitsch am 11. August zudem, dass diese Personen keine Aufenthaltsgenehmigung mehr erhalten werden und nach Erhalt eines russischen Passes das Land verlassen müssen.

Auch Estland verschärft nach einem Bericht von Tagesschau.de die Visa-Regelungen für Menschen aus Russland und beschränkt deren Einreise. Die Regierung in Tallinn beschloss, dass russische Staatsbürger vom 18. August an nicht mehr mit einem von Estland ausgestellten Schengen-Visum einreisen dürfen. Ausgenommen von der Regelung sind Russen, deren Heimatland Estland ist oder die ihren ständigen Wohnsitz in dem baltischen EU- und NATO-Staat haben. Daneben gelten weitere Ausnahmen, etwa für Verwandtschaftsbesuche. Weiter einreisen dürfen auch russische Bürger mit von anderen EU-Mitgliedern ausgestellten Visa.

"Wir sehen, dass die Zahl der russischen Bürger, die durch Estland reisen oder aus Russland nach Estland kommen, massiv zugenommen hat", sagte Außenminister Urmas Reinsalu. Die Möglichkeit, massenhaft Estland zu besuchen oder über das Land nach Europa zu gelangen, entspreche nicht dem Zweck der verhängten Sanktionen.

Reinsalu kündigte zudem an, dass Estland noch im August der EU einen Vorschlag unterbreiten werde, die Vergabe von Schengen-Visa für russische Bürger auszusetzen. Dafür hatte sich auch Finnland stark gemacht. Zuletzt forderte auch Lettland andere europäische Länder dazu auf, keine Einreise- und Touristenvisa mehr an Russen zu vergeben.

Scholz gegen Verbot

Bundeskanzler Olaf Scholz sprach sich gegen einen solchen Schritt aus. „Das ist Putins Krieg, und deshalb tue ich mich mit diesem Gedanken sehr schwer“, sagte er. Seiner Einschätzung nach werde sich die Wirksamkeit der Sanktionen abschwächen, "wenn es sich gegen alle richtete, auch gegen Unschuldige“.

Eine Sprecherin der EU-Kommission betonte, dass ein grundsätzliches Verbot von Touristenvisa nach geltendem Recht gar nicht möglich sei. Jeder Antrag müsse einzeln geprüft werden, sagte sie. Die EU-Kommission habe im Mai jedoch Leitlinien an die Mitgliedstaaten geschickt. Danach können Anträge nach individueller Prüfung abgelehnt werden, etwa weil die Person eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, die innere Sicherheit oder die internationalen Beziehungen sei.

Zugleich dürften die EU-Staaten nicht gegen internationales Recht verstoßen, sagte die Sprecherin. Einige Personen müssten etwa aus humanitären Gründen ein Visum bekommen oder deshalb, weil sie Familienangehörige, Journalisten oder Dissidenten seien. Es gebe derzeit Gespräche auf EU-Ebene, um über die neuesten Entwicklungen zu informieren und koordinierte Maßnahmen zu gewährleisten.

Als Reaktion auf die Einreisebeschränkungen wird in Russland über einen Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Lettland und Estland diskutiert, dies berichtet die Zeitschrift Iswestija.

[Visa-Regeln verschärft: Estland beschränkt Einreise für Russen | tagesschau.de](#)

[Безвизовый режим: как РФ ответит на недружественные меры Латвии и Эстонии | Статьи | Известия \(iz.ru\)](#)

Konflikt um Kaliningrad-Transit geht weiter

Litauen hat laut einem Bericht von n-tv erneut Einschränkungen im Güterverkehr in die russische Exklave Kaliningrad angekündigt. Wie die litauische Staatsbahn mitteilte, wird der Transit bestimmter russischer Güter ausgesetzt, bei denen eine Obergrenze erreicht wurde. Betroffen seien vor allem Eisen- und Stahlprodukte, Holz, Düngemittel und das Kühlmittel Ethylenglykol. "Wenn die transportierte Menge bestimmter Güter die festgelegten Jahresdurchschnittswerte erreicht, werden die Transportanfragen abgelehnt", erklärte die Bahn.

Der Gouverneur Kaliningrads Anton Alichanow erklärte, die Versorgung Kaliningrads sei nicht gesichert. Die Vereinbarung mit der Europäischen Union habe zwar ein „Worst-Case-Szenario“ verhindert, aber die derzeitige Lage sei "alles andere als normal“.

Moskau forderte die Aufhebung der Beschränkungen und warf der EU vor, gegen ein 2002 geschlossenes Abkommen zu Kaliningrad zu verstoßen. Nach wochenlangen Spannungen stellte die EU-Kommission Mitte Juli klar, dass es kein allgemeines Verbot für Gütertransporte per Zug gebe. Verboten sei nur der Transit sanktionierter Militärausrüstung. Litauen nahm den Transitverkehr daraufhin wieder auf.

Die Leitlinien der EU zum Transitverkehr ermöglichen jedoch eine Kontrolle des Transitvolumens, um sicherzustellen, dass die Menge der nach Kaliningrad transportierten Güter dem Bedarf in der Exklave entspricht. Litauen berechnet diese Menge anhand der Durchschnittswerte der vergangenen drei Jahre.

[Güter-Obergrenzen erreicht: Litauen beschränkt erneut Kaliningrad-Transit - n-tv.de](#)

FAQ der Europäischen Kommission zu Russland-Sanktionen

[Eine konsolidierte Version der FAQ zu den Russland-Sanktionen ist hier zu finden \(Stand 22.7.\): Consolidated version of the frequently asked questions concerning sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine \(europa.eu\)](#)

[Übersichtsseite der EU zu allen Sanktionsentwicklungen: EU restrictive measures against Russia over Ukraine \(since 2014\) - Consilium \(europa.eu\)](#)

[Praktiken der EU für die wirksame Umsetzung restriktiver Maßnahmen: June-2022- -EU-Best-Practices-for-the-effective-implementation-of-restrictive-measures.pdf \(europeansanctions.com\)](#)

Liste der EU-Personensanktionen

[EU-Sanktionen: Kommission veröffentlicht Liste mit Einreiseverboten \(europa.eu\)](#)

Sanktionskarte der EU

[EU Sanctions Map](#)

Alle Entwicklungen in der Übersicht:
[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine | European Commission \(europa.eu\)](#)

4. Russland-Gegensanktionen

Dekret 520 verhindert Transaktionen von russischen Vermögenswerten

Der russische Präsident Wladimir Putin hat einen Erlass unterzeichnet, der es "unfreundlichen" Investoren verbietet, bis zum Jahresende Transaktionen mit ihren Anteilen an strategischen russischen Unternehmen und Projekten durchzuführen. Das Dekret, das auf dem offiziellen Portal des Landes für rechtliche Informationen veröffentlicht wurde, verbietet Ausländern, die mit „unfreundlichen Ländern“ in Verbindung stehen, bis zum 31. Dezember jegliche Art von Transaktionen mit ihren Anteilen und Vermögenswerten an strategischen russischen Unternehmen und Banken.

Dem Erlass zufolge ist es ausländischen Investoren zum Beispiel untersagt, Transaktionen mit Anteilen verschiedenen Öl- und Gasprojekt durchzuführen. Betroffen sind bereits die Projekte Sachalin-1 (Exxon/USA ist hier beteiligt), das Ölfeldprojekt Charyaginskoje (Total/Frankreich, Equinor/Norwegen) sowie Projekte, an denen die Konzerne Enel (Italien) und Fortum (Finnland) beteiligt sind.

Auch ausländische Banken, die ebenfalls von dem Erlass betroffen sind, versuchen schon seit einiger Zeit, sich wegen Russlands Invasion in der Ukraine weiter aus Russland zurückziehen. Zu den Banken mit größten Russland-Engagement zählen die österreichische Raiffeisen Bank International (RBI), die amerikanische Citi sowie die italienische Unicredit.

Der russische Präsident hat die Zentralbank und die Regierung angewiesen, innerhalb von zehn Tagen eine Liste mit Projekten/Unternehmen zu erstellen, die unter den Erlass fallen würden.

Transaktionen sind dann nur noch dann möglich, wenn diese von Putin persönlich genehmigt wurden, und das Dekret kann nach Ablauf seiner Geltungsdauer verlängert werden. "Die Maßnahmen werden zum Schutz der nationalen Interessen Russlands und als Reaktion auf die feindlichen Handlungen der USA und anderer ausländischer Länder und Organisationen ergriffen", heißt es in dem Dekret.

Hier der Erlass im Original:

[Указ Президента Российской Федерации от 05.08.2022 № 520 · Официальное опубликование правовых актов · Официальный интернет-портал правовой информации \(pravo.gov.ru\)](https://pravo.gov.ru/aktuall/05082022520)

Eine deutsche Arbeitsübersetzung des Dekrets 520 kann beim Ost-Ausschuss angefordert werden.

Presseberichte zum Thema:

[А вас, Enel, я попрошу остаться – Газета Коммерсантъ № 143 \(7344\) от 09.08.2022 \(kommersant.ru\)](https://kommersant.ru/doc/1437344)

Einreiseverbote für 62 Kanadier

Gegen 62 kanadische Staatsbürger wurde am 5. August 2022 ein russisches Einreiseverbot verhängt. Zu den Betroffenen gehören Beamte, Regierungsbeamte, derzeitige und ehemalige Angehörige der kanadischen Streitkräfte, Medienschaffende, Journalisten, Wirtschaftswissenschaftler und Führungskräfte aus dem Privatsektor. Das russische Außenministerium erklärte, dass die Reiseverbote eine Reaktion auf die am 27. Juni und 7. Juli 2022 verhängten kanadischen Russland-Sanktionen sind.

[Foreign Ministry Statement on imposing personal sanctions on certain Canadian nationals - The Ministry of Foreign Affairs of the Russian Federation \(mid.ru\)](#)

Ausweisung bulgarischer Staatsbürger

Russland weist als Vergeltungsmaßnahme 14 Mitarbeiter der bulgarischen Botschaft und der Konsulate aus, erklärte das russische Außenministerium. „Dies ist eine Reaktion auf die völlig unmotivierte Entscheidung Bulgariens, 70 Mitarbeiter unserer diplomatischen Mission zu Personae non gratae und inakzeptablen Personen zu erklären, das russische diplomatische, administrative und technische Personal in Bulgarien zu deckeln und den Betrieb des russischen Generalkonsulats in Ruse auszusetzen. Die Verantwortung für die Folgen dieser kontraproduktiven Schritte liegt voll und ganz bei der bulgarischen Regierung unter der Führung von Herrn Petkow. Wir haben keinen Zweifel, dass die unfreundlichen Schritte gegenüber Russland nichts mit den nationalen Interessen Bulgariens und seines Volkes zu tun haben“, erklärte das russische Außenministerium zu diesem Schritt.

Weitere Meldungen zu Russland:

Duty-Free-Läden für Ausländer

Russland werde die aus der Sowjetzeit stammende Praxis der Duty-Free-Shops für ausländische Diplomaten wiederbeleben und ihnen ermöglichen, Waren zu kaufen, die aufgrund westlicher Sanktionen nicht mehr nach Russland eingeführt werden dürfen, so eine am 26. Juli Woche erlassene Regierungsanordnung. Die Läden könnten in Moskau und in St. Petersburg kurz nach Inkrafttreten der Anordnung am 27. August eröffnet werden. Sie sollen ausschließlich Ausländern offenstehen, die ihren diplomatischen Status oder ihre Zugehörigkeit zu einer internationalen Organisation nachweisen können. Die Verkaufsstellen würden von einem russischen Unternehmen in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium betrieben. Das Ministerium werde das Recht haben, routinemäßig Informationen über alle Käufer und ihre Einkäufe zu erhalten. Laut Senator Wladimir Dschabarow, 1. Stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des

Föderationsrates, würden die Läden nicht nur zu einer Oase für im Ausland hergestellte Waren - von denen viele in Russland bereits kaum noch erhältlich sind -, sondern sollten auch eine zusätzliche Devisenquelle für die russische Wirtschaft darstellen.

Entwicklungsszenarien für die russische Wirtschaft

Alle vernünftigen Szenarien für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung Russlands weisen darauf hin, dass das westliche Sanktionsregime mindestens zehn bis fünfzehn Jahre lang anhalten wird. Zu diesem Ergebnis kommt ein aktueller Bericht des Zentrums für makroökonomische Analyse und kurzfristige Prognosen (CMASTF) in Moskau, über das RBK berichtet. Denkbar seien mehrere Möglichkeiten der weiteren Entwicklung, wobei das wahrscheinlichste Szenario laut CMASTF ein „Weg der Trägheit“ sei, der zu einer Stagnation der wirtschaftlichen Entwicklung Russlands führen könnte. Im Falle einer weiteren Eskalation des Ukraine-Konflikts sei aber auch eine wirtschaftliche Abschottung denkbar

[Эксперты назвали три сценария развития экономики России под санкциями — РБК \(rbc.ru\)](#)

Exodus westlicher Einzelhändler

Fast jeder dritte ausländische Mieter in russischen Einkaufszentren hat sein Russlandgeschäft aufgegeben, meldet die russische Zeitung Izvestia. Laut dem Immobilienberater Core.XP zogen sich 27 Prozent der Unternehmen aus dem Land zurück, weitere 51 Prozent haben ihre Tätigkeit eingefroren. Die restlichen 22 Prozent würden ihr Geschäft neu ordnen, so die Analyse. Bei fast zwei Dritteln der ausländischen Mieter handelt es sich um Modemarken. Ihr Rückzug habe zu einem Rückgang der Besucherzahl in den Moskauer Einkaufszentren im zweiten Quartal um 6 Prozent geführt, so Core.XP. In den Regionen habe es keinen Rückgang gegeben, weil die internationalen Ketten dort weniger präsent gewesen seien. Nach der Vorstellung des Verbands russischer Einkaufszentren sollen Anbieter aus der Türkei, Iran und China die westlichen Marken ersetzen

[Отошли моды: Россию покинула почти треть иностранных ритейлеров | Статьи | Известия \(iz.ru\)](#)

Chinesisch-Russischer Handel wächst deutlich

Der Handel zwischen China und Russland nahm in den ersten sechs Monaten 2022 laut einem Bericht in der Zeitung Wedomosti im Jahresvergleich um 29 Prozent zu. Wie die Nachrichtenagentur Tass unter Bezug auf chinesische Zolldaten berichtet, belief sich das Handelsvolumen Ende Juni auf 97,7 Milliarden US-Dollar. Chinas Ausfuhren nach Russland sind in diesem Zeitraum um 5,2 Prozent auf 36,3 Milliarden US-Dollar gewachsen, während

die russischen Exporte nach China um knapp 49 Prozent auf 61,45 Milliarden US-Dollar zunahmen.

[Товарооборот Китая и России вырос в первом полугодии на 29% - Ведомости \(vedomosti.ru\)](https://www.vedomosti.ru)

AEB: Sanktionsübersicht

Eine Übersicht zur Sanktionsentwicklung in Russland, FAQ und Unterstützungsmöglichkeiten finden Sie auf dieser der Internetseite der Association of European Businesses AEB in Russland:

[News \(aeb.rus\)](https://www.aeb.rus)

AHK Belarus Krisenhotline

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 07.00 bis 21.00 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar

5. Sanktionen der USA

Warnung vor russisch-iranischen Drohnengeschäften

Das US-Außenministerium betont, es werde alle US-Sanktionen gegen den russischen und iranischen Waffenhandel „energisch“ durchsetzen, und bekräftigte damit frühere Äußerungen von US-Beamten, wonach Teheran russische Beamte im Umgang mit Drohnen schult.

Die Biden-Administration hatte im vergangenen Monat erstmals enthüllt, dass ihr Informationen über den möglichen Verkauf iranischer Drohnen an Russland für den Einsatz in der Ukraine vorliegen.

„In den letzten Wochen haben russische Beamte im Rahmen der Vereinbarung über den Transfer von Drohnen von Iran nach Russland Schulungen im Iran durchgeführt“, sagte ein US-Beamter am Mittwoch gegenüber Al Arabiya English.

Der stellvertretende Sprecher des US-Außenministeriums, Vedant Patel, sagte zu diesen Berichten, die USA hätten festgestellt, dass russische Beamte „vor kurzem ein Musterbeispiel für iranische angriffsfähige Drohnen erhalten haben“.

Patel betonte, dass die USA nach wie vor „äußerst besorgt“ über die Verwendung und Verbreitung von Drohnen durch den Iran seien, die für Angriffe auf die US-Streitkräfte und Verbündete in der Region eingesetzt worden seien. Er sagte, die USA würden alle verfügbaren Mittel einsetzen, "einschließlich, aber nicht beschränkt auf Sanktionen", um das Beschaffungsnetzwerk, das den Iran mit Drohnen bezogenem Material und Technologie versorgt, zu verhindern, abzuschrecken und zu zerschlagen.

[Citing Russian officials being trained in Iran on drones, US warns of sanctions | Al Arabiya English](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Keine neuen Meldungen

7. Auswirkungen der Krise auf die Wirtschaft (Presseauswertung)

Siemens Energy wickelt Russland-Geschäft ab

Laut Meldungen in russischen Medien unter Hinweis auf den letzten Quartalsbericht, wird sich Siemens Energy trotz Abschreibungen in dreistelliger Millionen-Höhe bis Jahresende weitgehend vom russischen Markt zurückziehen. Trotz des Rückzugs werde das Unternehmen weiterhin Ausrüstungen für Pipelineprojekte wie Nord Stream 1 warten.

Kasachstan umgeht Russland bei Ölexporten

Einem Reuters-Bericht zufolge wird Kasachstan voraussichtlich ab September einen Teil seines Rohöls über die größte aserbaidische Ölpipeline verkaufen, da das Land nach Alternativen zu einer Route sucht, die Russland zu schließen droht. Die kasachischen Ölexporte machen mehr als 1 Prozent des Weltangebots aus, das sind etwa 1,4 Millionen Barrel pro Tag.

Seit 20 Jahren wird kasachisches Öl durch die CPC-Pipeline zum russischen Schwarzmeerhafen Novorossiisk befördert, der den Zugang zum Weltmarkt ermöglicht. Im Juli drohte ein russisches Gericht mit der Schließung der CPC, woraufhin die kasachische Regierung und große ausländische Produzenten vorsorglich Verträge für andere Absatzmärkte abschlossen.

Eine Quelle mit direkter Kenntnis der Angelegenheit sagte gegenüber Reuters, die staatliche kasachische Ölfirma Kazmunaigaz (KMG) befinde sich in fortgeschrittenen Gesprächen mit dem Handelszweig der staatlichen aserbaidischen Firma SOCAR, um den Verkauf von 1,5 Millionen Tonnen kasachischen Rohöls pro Jahr durch die aserbaidische Pipeline zu ermöglichen, die Öl zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan liefert.

8. Informationen zur ukrainischen Wirtschaft - Beteiligungsmöglichkeiten

Wiederaufbau der Ukraine

Hier zwei Medienbeiträge zu Konzepten für den Wiederaufbau der Ukraine aus Deutschlandfunk und taz:

[Finanzielle Unterstützung der Ukraine: Geld, die ultimative Waffe - taz.de](#)

["Marshall-Plan" der EU - So soll die kriegszerstörte Ukraine wieder aufgebaut werden | deutschlandfunk.de](#)

Zahlungsmoratorium verschafft Ukraine Luft

Die wegen des russischen Überfalls arg in finanzielle Bedrängnis geratene Ukraine hat sich mit ihren internationalen Gläubigern auf ein weiteres Zahlungsmoratorium geeinigt, was dem Land eine finanzielle Atempause verschafft, dies berichtet die FAZ. In Kiew teilte demnach Premierminister Denys Shmyhal mit, dass die Gläubiger einer mindestens zweijährigen Unterbrechung der Bedienung der Auslandsschulden in Höhe von knapp 20 Milliarden Dollar zugestimmt hätten. Das Land könne nun etwa 6 Milliarden Dollar für andere Zwecke verwenden. Die Verlängerung des Moratoriums um ein Jahr sei möglich, schrieb Shmyhal auf Telegram.

Laut Finanzministerium stimmten Inhaber von drei Vierteln der Auslandsanleihen im Wert von 19,6 Milliarden Dollar dem Aufschub von Zins- und Tilgungszahlungen zu. Mit anderen Maßnahmen, die man den Gläubigern vorgeschlagen habe, könne das dem Staat 5,8 Milliarden Dollar einsparen.

Ebenfalls mit einem Zahlungsaufschub einverstanden seien Gläubiger von An-lei-hen der Staatskonzerne Ukrenergo und Ukravtodor, sagte Shmyhal. Der Energie-Konzern Naftogaz konnte seine Gläubiger dagegen noch nicht von einem Moratorium überzeugen. Der größte private ukrainische Strom- und Kohleproduzent, der Energiekonzern DTEK Energy, der dem Milliardär Rinat Achmetow gehört, will indes nach eigenen Angaben im September fällige Zahlungen über knapp 30 Millionen Dollar leisten.

Weitere 1,5 Milliarden Euro für die Ukraine

26 Länder, darunter auch Deutschland, haben an der Ukraine-Geberkonferenz in Kopenhagen teilgenommen. Am Ende sagten sie dem von Russland angegriffenen Land 1,5 Milliarden Euro zu.

Zu dieser Summe hätten sich die Teilnehmer auf der Konferenz verpflichtet, sie könne noch steigen, gab der dänische Verteidigungsminister Morten Bødskov bekannt. Das Geld sei für dieses und nächstes Jahr vorgesehen. Es kann beispielsweise in Waffen und die Ausbildung ukrainischer Soldaten fließen.

Polen, die Slowakei und Tschechien erklärten sich den Angaben zufolge zudem bereit, die Produktion von Artilleriesystemen, Munition und weiterer Ausrüstung auszuweiten. In einer gemeinsamen Erklärung bekannten sich die Staaten zur weiteren und nachhaltigen militärischen Unterstützung für die Ukraine.

[Geberkonferenz in Kopenhagen: 1,5 Milliarden Euro für die Ukraine | tagesschau.de](#)

Kooperationen mit der ukrainischen Wirtschaft

Unter dem folgenden Link finden Sie Kontakte zu über 100 ukrainischen Unternehmen, die trotz der Kriegslage für Kooperationen mit europäischen Unternehmen bereitstehen:

[Business for Ukrainian Services Companies | Directory of UA Companies \(bizforukraine.com\)](#)

Der ukrainische Energiekonzern **DTEK bietet einen Newsletter** an, der auch unter Kriegsbedingungen fortlaufend über die Lage auf dem ukrainischen Energiemarkt berichtet. Einen Link zur aktuellen Ausgabe finden Sie untenstehend. Bei Interesse an dem englischsprachigen Dienst wenden Sie sich gerne an:

Iryna Zdorevska, International Public Affairs, Tel: +38 044 581 93 63, Mobil: +38 050 388 77 05, E-Mail: ZdorevskaIV@dtek.com, Web: www.dtek.com

9. Hilfsaktionen

Dpa:

USA unterstützen Ukraine mit weiteren 4,5 Milliarden US-Dollar

Die US-Regierung will der von Russland angegriffenen Ukraine weitere 4,5 Milliarden US-Dollar (rund 4,4 Milliarden Euro) für den Staatshaushalt zur Verfügung stellen. Mit dem Geld solle das durch Russlands „brutalen Angriffskrieg“ verursachte Haushaltsdefizit gelindert werden, teilte die US-Behörde für internationale Entwicklung am Montag mit. Die Regierung der Ukraine werde die Mittel in Tranchen erhalten, beginnend mit einer Auszahlung von drei Milliarden im August. Die Mittel sollen dem Land über die Weltbank zur Verfügung gestellt werden.

Die zusätzliche Finanzierung solle dazu beitragen, dass die ukrainische Regierung grundlegende Funktionen für ihre Bevölkerung aufrechterhalten könne, hieß es weiter. Dazu zählten soziale und finanzielle Unterstützung für Ukrainer, die seit Beginn des Krieges weiter in die Armut gedrängt worden seien, für Kinder mit Behinderungen und für Menschen auf der Flucht im Land. Damit wächst die Unterstützung der USA für den ukrainischen Staatshaushalt der Behörde zufolge auf 8,5 Milliarden US-Dollar. Hinzu kommen Militärhilfen in Milliardenhöhe. Erst am Montag hat das Pentagon weitere Rüstungshilfen in Höhe einer Milliarde US-Dollar angekündigt.

Geltung ukrainischer Führerscheine in Deutschland

Der EU-Rat hat am 18. Juli 2022 die Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung besonderer und vorübergehender Maßnahmen, in Anbetracht der Invasion der Ukraine durch Russland, in Bezug auf von der Ukraine gemäß ihren Rechtsvorschriften ausgestellte Fahrendokumente beschlossen.

[Die Verordnung Nr. \(EU\) 2022/1280 tritt am 27.07.2022 in Kraft.](#) Weiterführende Informationen des BMDV hier: [BMDV - Maßnahmen des BMDV zur Ukraine Krise im Detail \(bmvi.de\)](#)

Hilfsaktion des Ost-Ausschusses für Projekt in Czernowitz – Jetzt beteiligen!

Der Ost-Ausschuss ruft zu Spenden für das Projekt «**City of Goodness**» auf. Das **Wohltätigkeitsprojekt in Tscherniwzi** (Czernowitz) in der Westukraine bietet hilfsbedürftigen Familien mit Kindern soziale Hilfe und Unterkunft. Der Ost-Ausschuss hat bereits positive Erfahrungen bei der Zusammenarbeit mit dem Projekt gesammelt. Weitere Informationen zu dem Projekt finden Sie hier: [Мисто Добра \(misto-dobra.com.ua\)](#).

Das Geld kommt zu 100 Prozent dem Hilfsprojekt zugute und dient dazu, eine zusätzliche Unterkunft für 100 ukrainische Flüchtlinge einzurichten.

Wir bitten Sie, die Spende auf folgendes Konto beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft zu überweisen:

Kontoinhaber: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Bank: Commerzbank AG

Kontonummer: 22 11 977

BLZ: 100 400 00

SWIFT-Code: COBADEFF

IBAN: DE94100400000221197700

Hinweis: Die Spenden gehen zu 100 Prozent an das Projekt „City of Goodness“ im westukrainischen Tscherniwzi. Die Abwicklung erfolgt über den Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Die Spenden werden dort gesammelt und dann an das begünstigte Projekt weitergeleitet. Bitte beachten Sie, dass der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft keine gemeinnützige Organisation ist und daher für die Spende keine Spendenquittung ausstellen kann. Für Rückfragen zur Abwicklung zum Projekt können Sie sich im Ost-Ausschuss gern an Herrn Stefan Kägebein, Regionaldirektor Osteuropa, unter s.kaegebein@oa-ev.de wenden.

EU-Kommission richtet Telefon-Hotline für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ein

Die Europäische Kommission hat eine spezielle Telefon-Beratung in ukrainischer und russischer Sprache eingerichtet, um denjenigen zu helfen, die vor der russischen Invasion in der Ukraine fliehen. Seit Ende März beantwortet die Kommission über das Europe Direct-Kontaktzentrum schriftliche Fragen in ukrainischer und russischer Sprache – nun ist dieser Dienst auch telefonisch erreichbar.

Die Helpline soll Menschen, die aus der Ukraine fliehen, helfen, indem sie ihre Fragen beantwortet und praktische Informationen bereitstellt, von den Bedingungen für die Einreise in die EU und das Reisen innerhalb der EU bis hin zum Zugang zu Rechten und Möglichkeiten wie Bildung, Arbeit oder Gesundheitsversorgung.

Die Helpline ist innerhalb der EU in ukrainischer und russischer Sprache unter der gebührenfreien Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 und außerhalb der EU unter der Nummer +32 22 99 96 96 zum internationalen Standardtarif zu erreichen. Die Helpline bietet auch einen kostenlosen Rückrufservice.

Weitere Informationen:

[Daily News 16 / 05 / 2022 \(europa.eu\)](#)

Schulmaterial für ukrainische Flüchtlinge in Polen - Hilfsaufruf

Wir möchten Sie auf ein Non Profit Projekt von Klett Polska aufmerksam machen, dass Integrationsschulhefte und Poster für geflüchtete Grundschüler aus der Ukraine produzieren und spenden möchte. Wir würden uns freuen, wenn sich Unternehmen oder NGOs an den Produktionskosten beteiligen würden. Anbei finden Sie die Informationsmaterialien auf Polnisch sowie Informationen zu den Produktionskosten.

Bei Rückfragen wenden Sie sich gern direkt an: Michał Kulesza, Managing Director Klett Polska (m.kulesza@klett.pl). Wir stehen Ihnen für Rückfragen selbstverständlich ebenfalls zur Verfügung: a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterstützung für die Ukraine – Übersicht über das Engagement des Ost-Ausschusses: #WirtschaftHilft

Der Ost-Ausschuss unterstützt dazu die Initiative #WirtschaftHilft, die von den Spitzenverbänden BDA, BDI, DIHK und ZDH ins Leben gerufen wurde. Dabei dient die Internetseite www.WirtschaftHilft.info als Informationsplattform für Unternehmen und Verbände sowie Hilfesuchende. Die Webseite bietet umfangreiche Informationen zu bedarfsgerechtem Spenden, Unterstützung für deutsche Unternehmen sowie die vorübergehende Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten. Im Rahmen der Initiative #WirtschaftHilft veröffentlicht die GHA – German Health Alliance Hilfsgesuche und -angebote für die Ukraine im medizinischen Bereich: [Humanitäre Hilfe für die Ukraine - GHA - German Health Alliance](#).

Weitere Hilfsangebote des Ost-Ausschusses

Gemeinsam mit seinen Mitgliedsunternehmen hat der Ost-Ausschuss darüber hinaus weitere Hilfsangebote ins Leben gerufen. Dazu wurde eine Task Force eingerichtet, um Fragen, Anliegen und Probleme rund um die Krisenlage in der Ukraine schnell zu bearbeiten. „Die Task Force koordiniert zudem die Hilfsangebote von Seiten der Wirtschaft für die Menschen in der Ukraine“, sagt Hermes. „Sie vermittelt unter anderem die Lieferung von Hilfsgütern, aber auch von technischer Ausrüstung in die Ukraine.“

Jobs für Flüchtlinge aus der Ukraine

Darüber hinaus hat der Ost-Ausschuss eine Koordinationsstelle eingerichtet, die ukrainischen Flüchtlingen Jobs bei deutschen Unternehmen in ganz Europa vermittelt. Erste Jobangebote finden Sie auf der Webseite www.jobs.gu-dp.com. Sollten Sie sich mit Ihrem Unternehmen hieran beteiligen wollen, wenden Sie sich bitte an Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mitteleuropa im Ost-Ausschuss, Tel: 030-206167 138, a.stadnicki@oa-ev.de.

Unterbringung von Flüchtlingen

Der Ost-Ausschuss unterstützt darüber hinaus die Arbeit von Rotary Deutschland und stellt aktuell Räumlichkeiten für den Krisenstab des Rotary Club Berlin Platz der Republik zur Verfügung. Der Club unterstützt mit dem Projekt „Spaces for Ukrainian Refugees“ die Organisation von Unterkünften direkt nach der Ankunft in Berlin, Deutschland und der EU.“

[Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#)

Für Flüchtlinge: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

Für Gastgeber: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Kontakt: info@rotary-platz-der-republik.berlin

Spenden für Hilfstransporte

Zusammen mit dem Deutsch-Ukrainischen Forum und der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer unterstützt der Ost-Ausschuss die Hilfsaktion der Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine zu verteilen. Die Johanniter bringen unter anderem Tausende von Hilfspaketen mit Lebensmitteln, Hygieneartikeln sowie medizinischem Material an die polnisch-ukrainische Grenze und in die Ukraine und versorgen ukrainische Krankenhäuser mit Medikamenten und medizinischem Verbrauchsmaterial, um auch die Versorgung für die Erkrankten und Verletzten sicherzustellen.

**Spendenkonto: Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., BIC: BFSWDE33XXX,
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00, Bank für Sozialwirtschaft, Stichwort: SupportUkraine,**

Bei Fragen oder zur Weiterverbreitung relevanter Informationen zu Hilfsangeboten und Projekten Ihrerseits wenden Sie sich bitte an Stefan Kägebein (Tel: 030-206167 113, s.kaegebein@oa-ev.de) und Petya Hristova (Tel: 030-206167 155, p.hristova@oa-ev.de).

Europe-Direct-Kontaktzentrum nun auch in ukrainischer und russischer Sprache

Wie erfahre ich mehr über die EU-Hilfe für die Ukraine und über den vorübergehenden Schutz von Menschen, die vor der russischen Invasion der Ukraine fliehen? Welche Rechte ergeben sich daraus? Wo erhalte ich Hilfe? Welche restriktiven Maßnahmen wurden gegen Russland eingeleitet? Bei allen Fragen zur Solidarität der EU mit der Ukraine können sich Bürgerinnen und Bürger an das Europe-Direct-Kontaktzentrum (EDCC) der Kommission wenden, das ihnen als direkter Draht zur EU seit Donnerstag auch auf Ukrainisch und Russisch Antworten auf ihre Anliegen gibt. Ab Mitte April werden auch Telefonanrufe auf Ukrainisch und Russisch beantwortet.

Seit der russischen Invasion der Ukraine am 24. Februar hat das Europe-Direct-Kontaktzentrum als wichtiger Kommunikationskanal mit den Bürgerinnen und Bürgern mehr

als 4.000 Fragen zum Krieg und zur Solidarität der EU mit der Ukraine beantwortet. Im letzten Jahr wurde zu 205.000 Fragen zu diversen EU-Themen Aufschluss gegeben. Unter anderem äußerten viele Bürgerinnen und Bürger ihre Meinung zu den Maßnahmen der EU und wollten wissen, wie sie Betroffenen aus der Ukraine helfen können.

Informationen zum EDCC:

[Beantwortet Ihre Fragen \(europa.eu\)](https://europa.eu)

Ukrainischer Hilfsstab - Norddeutschland

Die ukrainische Gemeinde in Norddeutschland hat einen Hilfsstab aufgebaut und informiert zusammen mit dem ukrainischen Generalkonsulat Hamburg mit Pressemitteilungen über aktuelle Entwicklungen.

Kontakt:

[Hilfe für Ukraine - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

[Call-Center - Ukrainischer Hilfsstab \(hilfe-ua.de\)](https://hilfe-ua.de)

Bundesfinanzministerium: Umgang mit Ukraine-Spenden

Das BMF hat eine Verwaltungsvorschrift für die steuerliche Handhabung von Spenden an die Ukraine veröffentlicht. Damit Unternehmen Spenden als Betriebskosten ansetzen zu können, ist laut BMF eine unmissverständliche Ausweisung als „Sponsoring“ notwendig:

https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Downloads/BMF_Schreiben/Weitere_Steuert_hemen/Abgabenordnung/2022-03-17-Stl-Massnahmen-Unterstuetzung-Ukraine-Geschaedigte.html



Hilfsangebote für Flüchtlinge aus der Ukraine

Unterkunftsangebote

I CAN HELP HOST

Wunderflats: [Furnished Apartments, Homes, Temporary housing - Rent on Wunderflats](#)

Rotary-Clubs europaweit: [Spaces for Ukraine - Rotary and Rotaract United for Ukraine](#);

For Refugees: <https://forms.gle/U5x4s9CezacUcb4UA>

For Hosts: <https://forms.gle/S6PwsNRGQq8KMTqH6>

Verkehr

- Infos zu Bahnfahrten für Geflüchtete: <https://www.bahn.de/info/helpukraine>
- Mitfahrgelegenheiten aus der Ukraine: <https://www.ukrainenow.org/refuge>

Informationen/Hilfsangebote

- Hilfsseite der Stadt Berlin: www.berlin.de/ukraine
- Hilfsmöglichkeiten für Freiwillige: <https://volunteer-planner.org>
- Organisation u.a. von Fahrten von Polen nach Deutschland, privaten Unterkünften in Berlin und weiteres: <https://linktr.ee/ukrainehelpberlin>
- Russische und ukrainische Telefonseelsorge: <https://www.diakonie-portal.de/themen/ehrenamt-freiwilligendienste/ehrenamt-und-engagement/telefon-doweria-telefon-doverija/>
- Hilfe für russischsprachige LGBTQ+-Menschen: <http://www.quarteera.de/>
- Freiwillige können sich eintragen für Übersetzungsangebote: <https://survey.lamapoll.de/Translators>
- Kostenlose Rechtsberatung: <https://www.rlc-berlin.org/>
- Informationen für Flüchtlinge aus der Ukraine und ehrenamtlich Helfende: <https://www.berlin.de/laf/ankommen/fluechtlinge-aus-der-ukraine/>
- Allgemeine und rechtliche Fragen: <https://berlin-hilft.com/ukraine/>
- Handout für Ankommende in Berlin: <https://www.dropbox.com/s/qub0hc1i3602ubg/Handout%20Arrival%20Ukr-Berlin%20Eng-RU-UA.pdf?dl=0>
- Direkte Hilfen an den Bahnhöfen – Vernetzung über Telegramgruppen: <https://docs.google.com/spreadsheets/d/1r8sn0eh7iPdob4YIxuOsZ9InhQHm9AwcQF7WYQmcpa4/edit#gid=816090739>
- Hilfen des Bundesinnenministeriums für Flüchtlinge (D/Uk/Rus): germany4ukraine

Schienenbrücke der Deutschen Bahn in die Ukraine für Hilfstransporte

Seit einigen Tagen bietet die Deutsche Bahn in Zusammenarbeit mit der Ukrainischen Eisenbahn eine Schienenbrücke für größere Hilfslieferungen in die Ukraine an. Unternehmen, die sich hier mit größeren Mengen beteiligen wollen, wenden sich bitte an:

Tel. 030-720 220 640, Mail: schienenbruecke-ukraine@deutschebahn.com

https://www.deutschebahn.com/de/presse/pressestart_zentrales_uebersicht/DB-startet-Schienenbruecke-mit-Hilfsguetern-in-die-Ukraine-7342490

Materialwirtschaft/Logistik

Der Bundesverband Materialwirtschaft, Einkauf und Logistik BME hat einen Info-Point rund um den Konflikt in der Ukraine aufgebaut. Mehr Informationen dazu finden Sie hier:

[Info Point: Ukraine-Konflikt - BME e.V.](#)

Lebensmittel

BMEL: Es gibt eine Koordinationsstelle für Lebensmittelhilfen in die Ukraine Kontakt: E-Mail: info@lebensmittelhilfe-ukraine.de.

Medizinische Güter

Verbände der Arzneimittel- und Medizinproduktehersteller und des pharmazeutischen Großhandels bieten Unterstützung bei der Erbringung von Hilfsleistungen an. Die besondere Herausforderung besteht dabei darin, gespendete Arzneimittel und Medizinprodukte unter den dynamischen Bedingungen eines laufenden Krieges zu den Betroffenen in die Ukraine zu bringen. Um dies zu gewährleisten, arbeiten die Verbände mit dem [Deutschen Medikamenten-Hilfswerk action medeor e.V. \(action medeor\)](#) zusammen. Action medeor ist auf die Lieferung medizinischer Güter in Katastrophengebiete spezialisiert und verfügt über zuverlässige Partner in der Ukraine. Die Hilfsorganisation übernimmt selbst den Transport in die Ukraine, ihre Partner die Verteilung innerhalb des Landes, medeor konzentriert sich derzeit auf die Deckung eines großvolumigen Bedarfs in der Ukraine und bittet um Spenden in größerem Umfang.

[Sachspenden](#), idealerweise palettenweise, sollten medeor mitgeteilt werden.

Ansprechpartnerin ist Frau Noelia Martinez (Telefon: 02156 9788-144, E-Mail: ukraine@medeor.de). Im Gespräch mit den Hilfsorganisationen können die Details der Lieferung oder Abholung der Spenden geklärt werden.

Medeor übernimmt die notwendigen Formalitäten (u.a. Zollformulare), bittet jedoch darum, dass gespendete verschreibungspflichtige Arzneimittel im Fälschungsschutzsystem ausgebucht werden.

Bei großen Spenden medizinischer Güter (30 Paletten = 1 LKW-Ladung) kann die Spende direkt am Lager des Unternehmens vom ukrainischen Partner von action medeor abgeholt und in die Ukraine transportiert werden.

Mit der Spende von medizinischen Gütern und deren Verbringung außerhalb der Europäischen Union verbinden sich einige rechtliche Fragestellungen.

In Bezug auf Betäubungsmittel hat das Bundesministerium für Gesundheit am 6. März 2022 mit einer Allgemeinverfügung den Export in die Ukraine gestattet. In der Verfügung des BMG wird ferner klargestellt, dass Arzneimittel, die keine Betäubungsmittel sind, keiner Ausfuhrgenehmigung bedürfen; dies gilt auch für Medizinprodukte.

Mit Blick auf weitere Rechtsfragen regen die Verbände an, vor den jeweiligen Spenden Rücksprache mit den zuständigen Überwachungsbehörden zu nehmen.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Ansprechpartner der Verbände gerne zur Verfügung. Selbstverständlich sind bei [action medeor](#), ebenso wie bei anderen Hilfsorganisationen, wie z.B. dem [Deutschen Roten Kreuz](#), auch Geldspenden willkommen.

Energiewirtschaft

Die energiewirtschaftlichen Verbände BDEW und VKU stehen mit BMWK und GIZ im Austausch zur Koordination von Unterstützung aufgrund von Hilfsersuchen ukrainischer Unternehmen der Energie- und Wasserwirtschaft. Die beiden Verbände haben hierzu eine Koordinierungsstelle gebildet.

Ansprechbar sind Annika Herzhoff, Fachgebietsleiterin (herzhoff@vku.de, 030 58580 389), Nadine Gerks, Bereichsleiterin (gerks@vku.de, 030 58580 170) und Dr. Jörg Rehberg, Fachgebietsleiter (joerg.rehberg@bdew.de, 030 300 199-1211). BG, Alexander Götz (VKU)

Kontakt für humanitäre Hilfe in der ukrainischen Regierung

Koordinationszentrale der ukrainischen Regierung für:

- humanitäre Hilfe von ausländischen Regierungen und internationalen Organisationen;
- Unterstützung der Militärverwaltungen und Gemeinden durch große ukrainische Unternehmen, ausländische Firmen und Ausländer;
- Unterstützung durch die Behörden auf Ersuchen der Militärverwaltungen und Gemeinden.

Internationale Organisationen, ausländische Unternehmen und Ausländer, bitte senden Sie Ihre Vorschläge zur Unterstützung hierhin: iwanttohelpukrainians@gmail.com

Auf folgenden gemeinsamen Spendenaufruf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses
möchten wir hinweisen:

Deutsche Wirtschaft hilft der Ukraine in diesen schweren Stunden!

Sehr geehrte Damen und Herren – Vertreter aus Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft in
Deutschland und der gesamten Welt!

In diesen dunklen Tagen ist es an der Zeit, dass die freie Welt die Menschen in der Ukraine
unterstützt.

Das Deutsch-Ukrainische Forum, der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft und die
Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer rufen Sie auf, sich an der Hilfsaktion der
Johanniter-Unfall-Hilfe, um Lebensmittel und andere Hilfsgüter an Bedürftige in der Ukraine
zu verteilen.

Jetzt im Krieg ist die Not besonders groß. Viele Ukrainer sind auf der Flucht oder zuhause
von Versorgung abgeschnitten.

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-
Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt,
können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der
Johanniter:

Spendenkonto:
Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,
BIC: BFSWDE33XXX
IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00
Bank für Sozialwirtschaft
Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufruf der Johanniter: Link](#)

Rotary hilft.



Wer Flüchtlingen aus der Ukraine eine Unterkunft geben kann schreibt an **info@rotary-platz-der-republik.berlin** eine Nachricht mit folgenden Angaben:

1. Country -
2. Name -
3. City/town -
4. Phone number (für WhatsApp?) -
5. Amount of people I can host -
6. For how long I can host -
7. What I can offer in addition -

Wahlweise PN auf Facebook/Insta/LinkedIn oder per WhatsApp an: +4917663332850.

@ROTARY.PLATZDERREPUBLIK

Weitere Links von Initiativen:

Spenden an Aktion Deutschland Hilft

[❤️ Online Spenden - Spenden Sie hier . Aktion Deutschland Hilft \(aktion-deutschland-hilft.de\)](#)

MitOst-Spendenaktion für die Zivilgesellschaft

[#StandWithUkraine – MitOst](#)

Übersicht zu Hilfsangeboten/Möglichkeiten

Eine umfangreiche Vernetzungsseite der Ukraine-Hilfe mit zahlreichen Beteiligungsmöglichkeiten finden Sie hier:

[@ukrainehelpberlin | Linktree](#)

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen. Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Websites Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen.

Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Kontakt:

Andreas Metz

Leiter Public Affairs | Director of Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

German Eastern Business Association

Postanschrift (Postal Address) | Breite Str. 29, 10178 Berlin

Besucheradresse (Visiting Address) | Gertraudenstraße 20, 10178 Berlin

T. +49 30 206167-120 | A.Metz@oa-ev.de

[Website](#) | [Newsletter](#) | [Disclaimer](#) | [Facebook](#) | [Twitter](#) | [LinkedIn](#) | [YouTube](#)

